

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

54. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 29. April 1916

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 49

Neubestellungen

Die monatlichen Bezahler des „Korrespondent“, vor allem aber die Abnehmer, werden freundlichst ersucht, in ihrem eignen Interesse sofort bei der Post zum nächsten Monatsbeginn die Neubestellungen zu tätigen. Die Quartale des „Korrespondent“ folgen monatlich nur 22 Pf., zweimonatlich 44 Pf., vierteljährlich 65 Pf. Jeder Kollege muß ihn unbedingt lesen!

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Streiflichter, XII.

Gewerkschaftsrevue: Ein wichtiger Schritt zur gesetzlichen Regelung des Arbeitsnachweises. — Erneute Ankündigung der Novelle zum Vereinsgesetz. — Bewegungen zur Erlangung von Feuererzeugnissen.

Korrespondenzen: Hannover. — Trier.

Handbuch: Gehilfenzahlung durch das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker. — Von Buchdruckern im Kriege. — Eine Reklameprüfungsstelle. — Eine Submissionsblüte. — Schlaglichter der Lebensmittelferzeugung. — Die Kriegspersicherung der „Volksfürsorge“. — Wirkungen der geplanten Umsatzsteuer. — Sächsischer Eigenproduktions.

Streiflichter

XII.

Diesmal soll einiges gewerbliches Allerlei aufgefischt werden. Natürlich aus der Buchdrucker-Gemeinde, in der es trotz aller Zeitsnöte an Kurzwelt nicht fehlt. Ein Umstand, der bei den Gutenbergleuten so gekern wie heute zur Wesensart gehört.

Die vielgescholtene Angewöhnung hat doch auch ihre guten Seiten. Unser gewerbliches Getriebe vermochte sich ohne Zweifel dem großen Personal-mangel besser anzupassen, als nach allen Anzeichen wie nach den Prophezeiungen der Katastrophenseher zu beforgen stand. Es muß zwar mit höchster Anspannung und dann und wann mit recht sonderbarem Rollenwechsel der Apparat aufrechterhalten werden, sämtliche Umstände aber in Betracht gezogen, kann man nur mit ehrlicher Bewunderung feststellen, daß das Buchdruckgewerbe und das Zeitungswesen auch jetzt einen respektablem Grad von Leistungsfähigkeit aufweisen, letzteres namentlich mit dem bis jetzt noch ansehnlichen Blätterumfang. Das ist allen Teilen hoch anzurechnen.

Es kommt aber häufig vor, daß der Offenlichkeit, dem gewerblichen Auditorium oder der Gehilfenschaft vorgerechnet wird, die Druckachsenherstellung verteuere sich auch nicht unbeträchtlich infolge der durch den Krieg aufgezwungenen ungeübten oder unbrauchbaren Arbeitskräfte. Weniger hört oder liest man von Anmerkungen, die den zurückgebliebenen Gehilfen zuteil werden dafür, daß den vermehrten Anforderungen in befriedigender Weise Genüge geschieht. Manchmal wird man zugeben müssen, daß kein ausreichender Ersatz für die Hinausgezogenen zu beschaffen war und geschäftliche Ungelegenheiten eine nicht ungewöhnliche Begleiterscheinung geworden sind. Von den Nachgerückten dürfen jedoch die wenigsten aus Berechnung sich zu einem Posten gedrängt haben, dem sie von vornherein nicht gewachsen sind oder den besser auszufüllen es ihnen an dem nötigen Interesse gebricht. Sie sind eben dazu gezwungen worden, weil es überhaupt an Gehilfen fehlt. Einseitig Ausgebildete oder durch immer gleiche Beschäftigung einseitig Gewordene können nicht mit einem Schlag umlernen und auf neuen Arbeitsgebieten gleich Vollendetes leisten. Auch das will seine Zeit haben. Die allgemeine

Wahrnehmung geht vielmehr dahin, daß sich der deutsche Buchdruck nach zwei Jahren Krieg, nach Zusammenschmelzen der Arbeitskräfte um mehr als die Hälfte, recht wohl leben lassen kann. Warum wird das nicht einmal offen ausgesprochen? Sind die Klagen über ungenügende Leistungen der Gelehrten etwa vereinbar mit dem Verlangen nach Zulassung von Ungelernten? Diesen Widerspruch gilt es festzuhalten. Wer stets mit den alten Maßstäben kommt, dem ist immer noch nicht das richtige Verständnis aufgegangen, was der über alle Vorstellungen hinausgehende Weltkrieg von bis jetzt 21 Monaten Dauer an grundsätzlichen Veränderungen hervorrufen muß. Tragisch darf es nicht genommen werden, was da in ungerechtfertigter Verallgemeinerung über die verbliebenen Arbeitskräfte gesagt wird. Wir haben ja vor vier Jahren bis zum Überdruß die Erörterungen über den Rückgang der Leistungen bei den Gehilfen vernommen, und dann kam zwei Jahre später die buchgewerbliche Weltausstellung und stellte auch der Gehilfenschaft das glänzende Zeugnis aus. Denn mit dem Disponieren und dem Anordnen ist es in unserm Gewerbe sicherlich nicht nur getan.

Es ist wohl auch auf Prinzipalsseite nicht unvermerkt geblieben, wie trotz der schweren Störungen die technischen Fortbildungsbemühungen weiter gepflegt werden und Ausbehnung gefunden haben auf die Notwendigkeit, das berufliche Umlernen praktisch und theoretisch zu erleichtern. Der Leipziger Prinzipalität und den Leipziger gewerblichen Lehranstalten gebührt das Zeugnis, hier nach allen Kräften mitgeholfen zu haben.

Wenn es also gelungen ist, im allgemeinen die gewiß nicht einfache Maschinerie unseres Gewerbes in Gang zu halten, so darf dabei nicht übersehen werden, daß dies auch durch eine Reihe von Umständen möglich wurde, von denen einige gar nicht willkommen zu nennen sind. Die zahlreicher gewordenen Entlassungen aus dem Speeresdienste sind uns zwar recht aufstatten gekommen, auch die kurz bemessenen Beurlaubungen wie die einstweiligen Zurückstellungen hat man in ihrem zunehmenden Maße gern gesehen. Die Kriegsbeschädigten konnten auch manche Lücke ausfüllen, wenngleich, wie aus dem bereits veröffentlichten Teile des Geschäftsberichtes unfres Tarifamts hervorgeht, hier noch mehr erwartet werden muß. Der Papiermangel in der durchaus nicht notwendigen Gemeinschaft mit rücksichtslosem Papierwucher und mit der unausbleiblichen Folge weiterer Produktionseinschränkung aber gehört zu den unangenehmen Erscheinungen, die jedoch in diesem Zeitalter die letzten Aufgebots von Arbeitskräften nicht so fühlbar, später aber, wenn endlich und endlich einmal die Friedensglocken durch die Lande schallen, als schwer drückend empfunden werden dürften. Auch die neuen Maßnahmen der Regierung über die Papierherstellung und -lieferung, die an sich ein begrüßenswertes Eingreifen darstellen, führen wahrscheinlich zu einer behördlichen Beschränkung des Zeitungsumfanges, mit der ja schon länger gerechnet werden mußte. Das Eingehen von 3000 Zeitungen und Zeitschriften läßt gegenwärtig die andre Wirkung noch zurücktreten; sie wird sich später geltend machen, wenn Hände genug wieder zur Verfügung stehen. Ob das vom Deutschen Buchdruckerverein augenblicklich mit Energie verfolgte Ziel einer berechtigten und angemessenen Erhöhung

der Druckpreise wie der eingetretene Aufschlag für Zeitungen, über dessen Notwendigkeit gleichfalls nichts weiter zu sagen ist, nicht etwa dazu beitragen werden, daß die Arbeit kein Anschwellen bis zur Nichtbewältigung erfährt, bleibt abzuwarten. Sedenfalls müßte das jetzt alles in Kauf genommen werden.

Gewerkschaftsrevue

Unter den mannigfachen Problemen des Wirtschaftslebens und der Sozialpolitik bringen die Gewerkschaften der Arbeitslosenfürsorge und der Arbeitsvermittlung das regste Interesse entgegen. Die Lösung dieser beiden Aufgaben dürfte sich bei der Aberleistung zur Friedenszeit als besonders dringlich erweisen. Nach dem Wiedereintritt normaler Verhältnisse wird durch das Aufhören der Beschäftigungsgelegenheit in der Rüstungsindustrie, durch die Rückkehr vieler Arbeiter von ausschließlicher Tätigkeit bei Behörden usw. sowie schließlich durch das Zurückströmen der Kriegsteilnehmer der allgemeine Arbeitsmarkt zweifellos stark bevölkert werden. Da gilt es, den sich bietenden Schwierigkeiten rechtzeitig entgegenzuwirken durch planmäßige Arbeitsverteilung und tatkräftige Unterstützung der Opfer der Arbeitslosigkeit. Was die Frage einer besseren Arbeitsvermittlung anbelangt, verdient eine gemeinsame Eingabe an sämtliche Regierungen der einzelnen Bundesstaaten betreffend Regelung des Arbeitsnachweises im Deutschen Reich in ihrem Wortlaut unsern Kollegen bekannt zu werden:

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, der Verband der Deutschen Gewerksvereine, die Polnische Berufsvereinigung sowie das Bureau für Sozialpolitik halten grundsätzlich an ihrer gemeinsamen Forderung einer reichsgesetzlichen Regelung des Arbeitsnachweises fest. Sie erachten diese nicht für erlebbar durch ein Vorgehen der Landeszentralbehörden im Verwaltungswege.

Nachdem sich indessen die Reichsregierung und ihr folgend die Landesregierungen bis in die letzten Wochen hinein gegen eine reichsgesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises während des Kriegs ausgesprochen haben, legen die genannten Körperschaften Wert darauf, daß im Verwaltungswege keine die später durchzuführende reichsgesetzliche Regelung erschwere, tiefgreifende einzelstaatliche Ungleichheit auf diesem Gebiete geschaffen wird. Auch wollen sie der Gefahr begegnen, daß die ganze verwaltungsmäßige Regelung an der Oberfläche bleibt, für die bevorstehenden schweren Aufgaben der Arbeitsvermittlung aber keinen wesentlichen Nutzen bringt. Daher erheben sie gemeinsam die folgenden Mindestforderungen an eine vorläufige Regelung des Arbeitsnachweises durch Zusammenwirken der Behörden mit den lokalen Selbstverwaltungskörpern und werden diese unbeschadet ihrer weitergehenden Wünsche öffentlich in den Vordergrund stellen:

1. Die Landeszentralbehörden der einzelnen Bundesstaaten sollen unverzüglich dahin wirken, daß ein gemeindlicher Arbeitsnachweis für alle gewerblichen Orte, zumindest in den Gemeinden mit über 10000 Einwohnern, errichtet wird. Die Landeszentralbehörden können nach Anhörung von Vertretern der Gemeinde, der Arbeitgeber und der Arbeiter von Fall zu Fall einen gemeindlich unterstützten Arbeitsnachweis als ausreichend erklären, falls dieser paritätisch verwaltet wird.

2. Dem gemeindlichen oder ihm nach § 1. gleichgestellten Arbeitsnachweis wird auf Grund des § 15 StGB. die Errichtung von Fachabteilungen für die wichtigsten Berufszweige und die Bildung besonderer Männer- und Frauenabteilungen nach Maßgabe des vorausschicklichen Geschäftsumfanges aufgegeben.

3. Dem gemeindlichen oder ihm gleichgestellten Arbeitsnachweis ist (im Ausschlagsweg oder unter Zuhilfenahme der §§ 2 II 2 und 15 StGB.) die Errichtung eines paritätischen Verwaltungsausschusses aufzuerlegen.

4. Dem paritätischen Verwaltungsausschuss liegt die Befähigung der Vermittlungsgrundätze, die Aufstellung mit den Berufsverhältnissen vertrauter Arbeitsvermittler, die Entscheidung über Beschwerden gegen die Geschäfts-

führung des Nachweises und die Ausgestaltung des Nachweises ob.

5. Der gemeindliche Nachweis kann nach Verständigung mit den am Orte befindlichen andern nichtgewerbmäßigen Nachweisen die Aufgaben einer örtlichen Zentralauskunftsstelle übernehmen.

6. Die höheren Verwaltungsbehörden sind anzuhaltend, für größere Gebiete Zentralauskunftsstellen zu schaffen nach Maßgabe der vom Reichsamte des Innern herbeigeführten Beprobung vom 30. April 1915 und des preussischen Ministerialerlasses vom 21. Mai 1915 (Ausgleichstellen von Ueberflus und Mangel auf dem Arbeitsmarkt auf Grund regelmäßiger Zusammenarbeit aller nicht gewerbmäßigen Arbeitsnachweise). Den nichtgewerbmäßigen Arbeitsnachweisen ist durch Wahl eines Betrags und Vorstandes, in dem alle Arbeitsnachweisgruppen gleichmäßig vertreten sind, entscheidender Einfluß auf die Geschäftsführung der Zentralauskunftsstelle zu gewähren.

7. Für die Durchführung dieser Bestimmungen erteilt jeder Bundesstaat oder zu diesem Zweck von mehreren Staaten begründeter Verband eine Landeszentrale für Arbeitsvermittlung. Diese hat für die nichtgewerbmäßigen Arbeitsnachweise jede mögliche Verschlechterung ihres Geschäftsverkehrs, besonders eine Verbilligung des zwischenörtlichen Verkehrs, und für die Arbeitsfindenden eine Verbilligung notwendiger Reisen zu veranlassen.

8. Die Landeszentralen haben der Reichszentrale der Arbeitsnachweise regelmäßig Bericht zu erstatten um diese in den Stand zu setzen, durch Hinweise und Vorschläge ein einheitliches und wirksames Arbeiten der Arbeitsnachweise im ganzen Reiche herbeizuführen.

Die fünf oben genannten Körperlichkeiten halten eine Regelung der Arbeitsvermittlung in der bezeichneten Weise für um so notwendiger, als die Überleitung der Kriegswirtschaft in den Friedenszustand das Arbeitsnachweises vor ganz neue und besonders geartete Aufgaben stellen wird, die nur durch ein Zusammenarbeiten der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden sowie der militärischen Stellen untereinander und mit den Organen der Arbeitgeber- und der Arbeitererschaft gelöst werden können.

Die Gesellschaft für Soziale Reform trifft den Grundgedanken und Ziele der vorstehenden Forderungen der genannten Organisationen bei und spricht die dringende Erwartung aus, daß vor Beendigung des Krieges der Arbeitsnachweis so gerichtet dastehen, daß er allen Ansprüchen gerecht werden kann.

Diese Eingabe bedeutet einen zweiten wichtigen Schritt auf dem Wege zur Arbeitsnachweisorganisation. Erlangte sie gesetzliche Kraft, dann hat den einseitigen Nachweisen, die vielfach der Ausgangspunkt heillosen Stämpfe waren, das letzte Stündlein geschlagen. Aber auch die gewerbmäßige Stellenvermittlung mit ihren Nachteilen für Stellensuchende erfährt eine weitere Eindämmung. Der gesetzlichen Neuorganisation der Arbeitsvermittlung treten die in der Eingabe getauften Körperlichkeiten erstmalig in einer Konferenz im Februar d. J. näher, zu welcher auch Vertreter der Reichs- und Staatsregierungen sowie des Deutschen Städtebundes eingeladen und erschienen waren. Der Inhalt der nunmehr vorliegenden Eingabe ist daher als eine gemeinsam aufgestellte Grundlage zu betrachten, auf der ein großzügiger Aufbau der Arbeitsvermittlung zu erreichen sein dürfte. Damit wäre wenigstens einer der in der Kriegszeit geschaffenen sozialpolitischen Einrichtungen die dauernde Erhaltung für den — trotz des Willenschen schlechten Diferesie hoffentlich nahen — Frieden gesichert.

Ob es gelohnt, Hand in Hand damit auch die Arbeitslosenfürsorge der Kriegszeit in Form einer dauernden, wohlgeordneten Arbeitslosenversicherung als Friedenswerk zu erhalten, das wird nicht zuletzt abhängen von der Art der voluminösesten Neuorientierung auf innerpolitischen Gebiete, die kürzlich wieder einmal zu bemerkenswerten Ausführungen im Reichstag Anlaß gab. Bereits in der Sitzung vom 18. Januar d. J. war von dem Vertreter der Regierung die Zusage gegeben worden, daß dem Reichstag alsbald eine Vorlage gegeben werde, durch welche die Anstellung der Gewerkschaften unter das Vereinsgesetz gestellt wird. Trotz der blühenden und bestimmten Form ist das Versprechen bisher von der Regierung nicht eingelöst worden. Ein energischer Vorstoß des Abgeordneten Scheidemann in der Sitzung vom 6. April lenkte jedoch von neuem die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Sache. Er erklärte, daß nach den im Seniorenkongress des Reichstags gemachten Mitteilungen nicht abzusehen sei, wann die angeforderte Novelle zum Vereinsgesetz kommen werde. Der Widerspruch liege bei der preussischen Regierung, die darauf besteht, daß die Neuordnung sich lediglich auf die Arbeiterkategorien erstrecken soll, die unter den § 152 der Gewerbeordnung fallen, also insbesondere nicht auf die Landarbeiter. Wenn die Reichsregierung dieser Forderung nachgeben würde, so lege sie sich mit ihren eigenen wiederholten Erklärungen in Widerspruch. Dann ging Scheidemann in der ihm eignen überzeugenden und wirkungsvollen Weise auf die Notwendigkeit einer reichsrechtlichen Regelung der Stellung der Gewerkschaften ein. Seine Ausführungen riefen nicht bloß im Reichstage starken Eindruck hervor, sondern auch bei den Regierungsvertretern. Infolgedessen sah sich die Regierung veranlaßt, am folgenden Tage durch den Ministerialdirektor im Reichsamte des Innern Dr. Lewald erklären zu lassen, daß die abgegebene Erklärung selbstverständlich erfüllt werden wird. Bei der Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs hätten sich einzelne Schwierigkeiten ergeben, die in der Materie begründet seien, welche den Geschäftsbereich einer Reihe von Zentralbehörden berührt. Diese in der Sache liegenden

Schwierigkeiten berechtigten aber nicht dazu, einen Gegensatz zwischen der Reichsleitung und der preussischen Regierung zu konstruieren und gegen letztere Angriffe zu richten. Eine der abgegebenen Zusage entsprechende Novelle zum Vereinsgesetz werde dem Reichstage noch in dem gegenwärtigen Tagungsabschnitte zugehen.

Vorherhand braucht man an dem guten Willen der Reichsregierung, das erneut gegebene Versprechen demnächst zu erfüllen, nicht zu zweifeln. Das mächtige Hindernisse zu überwinden waren und noch sein werden, ist klar. Es liegen nicht nur bei der preussischen Regierung, die erfahrungsgemäß fortschrittlichen Bewegungen von jeher abhold war, sondern auch in jenen Kreisen, die in solcher Regierungspolitik eine nicht unerhebliche Gefahr für das Gemeinwohl erblickten. Eine Zulufahrt an die „Deutsche Tageszeitung“, worin sich lebhaftest die Zustimmung über den Erfolg des Scheidemannschen Vorstoßes ausdrückt, kann als ein neuer Beweis dafür gelten, mit welchen Schwierigkeiten die Neuorientierung zu kämpfen hat. Nach der Schilderung der bekannten Vorgänge im Reichstage heißt es in der Zulufahrt unter Bezugnahme auf einige Redewendungen Scheidemanns:

Auf das „Traurige“ und „Beschämende“, das „Ungeheuerliche“ und die „Sumutungen“, das „Fehlen sachlicher Motive“ und die anscheinende „Brüskierung“ der Arbeiter, den „kleinlichen, erbärmlichen Polizeikampf“, die angebrochenen „gefährlichen Explosionen“ usw. ging der Vertreter der Reichsregierung ebenso wenig ein, wie der Herr Präsident sich zu einer Rüge veranlaßt gesehen hätte.

Man sieht, wir leben wirklich im Zeichen der Neuorientierung; und man weiß die Stellung zu würdigen, die dem Abgeordneten Scheidemann in diesem Zeichen zukommt. Auf die sachliche Seite der Neuorientierung soll bei dieser Gelegenheit nicht eingegangen werden; unbefriedigt aber vollzieht sie sich in Formen, denen niemand den Reiz der Neuheit absprechen kann.

Die Arbeitererschaft hat wirklich keinerlei Veranlassung, durch vorläufige Angriffe oder durch radikales Kraftmeterium den Fortschrittsfeinden Wasser auf ihre verdorrten Mühen zu leiten. Die soziale Entwicklung würde darunter nur leiden. Nach der in nächster Zeit zu erwartenden Veröffentlichung der Vereinsgesetznovelle wird sich noch hinreichend Gelegenheit bieten, für und gegen gewissenhaft abzuwägen. Nach untrer letzten Überzeugung wird es auf die Dauer sowieso nicht möglich sein, den Gewerkschaften ein größeres Mitspracherecht in wirtschaftspolitischer Beziehung vorzuenthalten. Dazu steht — wie die Kriegszeit bewiesen hat — unter ganzem innerem Wirtschaftsleben in viel zu engem Zusammenhange mit der Gestaltung der Verhältnisse auf dem Weltmarkt. Die Erfahrungen des Krieges und die konsequente gewerkschaftliche Erziehung- und Bildungsarbeit haben einem großen Teile der Arbeitererschaft den Blick geöffnet für die inneren Zusammenhänge „untrer“ Wirtschaftslebens, und demgemäß wird in Zukunft auch versucht werden, Einfluß auszuüben.

Im Vordergrund der Gewerkschaftsarbeit stehen in fast allen Gewerben die Forderungen auf Feuerungs- und Zulagen. Nachdem es im Baugewerbe nicht gelungen ist, durch zentrale Verhandlungen für die Allgemeinheit der Bauarbeiter mehr herauszuschlagen, als was die Unternehmer vor dem Scheitern der Tarifverhandlungen zugestanden, ist es in einigen Gebieten, wo es sich um die Ausführung besonders eiliger Bauten handelt (z. B. in Berlin [Untergrundbahn] und in Ostpreußen) doch noch zum Abschluß von kurzfristigen örtlichen Verträgen gekommen. Die Unternehmer mußten sich dabei zwar, der Not gehorchend, zur Bewilligung höherer Stundenlöhne entschließen, aber diese Zugeständnisse können doch keinen Maßstab abgeben für die Ertragsverhältnisse im übrigen Baugewerbe, das zumest stillliegt. In Berlin scheint noch ein spezieller Grund die Unternehmer zu arderhem Entgegenkommen in der Lohnfrage veranlaßt zu haben. Im Tätigkeitsberichte des Komitees der Arbeitgeberverbände in den Baugewerben Groß-Berlins über das Geschäftsjahr 1915 wird zu den Tarifverträgen im Berliner Baugewerbe Stellung genommen. Bedauerlicherweise hätten diese in den meisten Gewerben dem Sturme, den der Arbeitsmarkt zu bestehen hatte, nicht standgehalten. Als die Zahl der Arbeitskräfte immer geringer wurde, sei von der Arbeitererschaft unter Hinweis auf die Verteuerung der Lebenshaltung ein allmähliches Hinausschrauben der Löhne betrieben worden, das zu einem unhaltbaren Zustande geführt habe. Am aus dieser Zwischmühle herauszukommen, schenken die dringlichst beschäftigten Berliner Bauunternehmer auf den Abschluß eines vorläufigen nur bis 31. März 1917 gültigen Tarifvertrages mit entprechend erhöhten Lohnsätzen hingewirkt zu haben. Durch protokolllarische Erklärung ist denn auch vereinbart worden, daß jene Arbeiter, die bei Beginn des neuen Vertrags bereits einen höheren als den vereinbarten Lohn erhalten, den höheren Lohn weiterbezahlen sollen, solange sie auf dem betreffenden Bau arbeiten, im Höchstfall aber nur bis sechs Wochen nach Beginn des neuen Vertrags. Beide Vertragsparteien haben sich verpflichtet, mit besonderem Nachdruck über die Einhaltung der vertraglichen Bestimmungen zu wachen und besonders darauf zu achten, daß die im Vertrage festgesetzte Höhe von keiner Seite umgangen werden. Ob dieser unter so außergewöhnlichen Verhältnissen zustande gekommene Tarifabschluß geeignet ist, möglichst sichere Garantien dafür zu schaffen, daß keine Bedingungen auch nach Fertigstellung der betreffenden Bauten erfüllt und respektiert werden, mag für heute dahingestellt bleiben. Zu Vergleichen mit Tarifverträgen, die sich über das ganze Reich erstrecken, eignet sich der Berliner Vertrag aber entschieden nicht. Im Buchbinder- und Gerber- und Schuhmacher- und in der Holzindustrie vor dem Scheitern der Verhandlungen über den Dreißigstundentarif zugehenden Feuerungs- und Zulagen ab. Bis jetzt liegt indes noch keine Antwort von Prinzipalsseite vor, ob sie zu weiteren Entgegenkommen oder zu erneuten Verhandlungen bereit sind. Angeht es der immer noch zunehmenden Verteuerung aller Lebensmittel sicher eine höchst unerquickliche Situation! Die organisierten Arbeiter im Holzgewerbe wurden vor einiger Zeit in ihrem Verhandlungsorgan recht energisch aufgefordert, Feuerungs- und Zulagen geltend zu machen. Man könne nicht auf den guten Willen der Unternehmer warten, sondern „die Not zwingt, deutlicher zu werden“. Inzwischen liegen schon Bewilligungen aus einer Reihe von Orten vor, z. B. beschloffen die Bremer Holzindustriellen, eine wöchentliche Zulage von 2 Mk. zu gewähren. In Leipzig lehnte es der Vorstand des Arbeitgeberverbands für das Holzgewerbe zunächst einfach ab, auf Feuerungs- und Zulagen einzugehen. Als sogenanntes Entgegenkommen wurde vielmehr den Arbeitern empfohlen, pro Woche vier Stunden länger zu arbeiten. Da eine Verständigung auf solcher Grundlage ausgeschlossen war, und um erste Konflikte hinauszuhalten, fand am 3. April auf Anregung behördlicher Organe unter Leitung eines Stadtrats eine gemeinsame Aussprache der beiden Organisationsvertretungen statt, bei welcher Gelegenheit man sich nach längeren Verhandlungen auf bestimmte Vorschläge einigte. Danach erhalten verheiratete Arbeiter 1,75 Mk., ledige (jüngere) 1 Mk., geübte Arbeiterinnen 1 Mk., ungeübte Arbeiterinnen 50 Pf. Feuerungszulage pro Woche. Die eventuell erforderlichen Überstunden sind nach den im Vertrage dafür vorgesehenen Bestimmungen zu leisten und besonders zu entschädigen. Unterschiedliche Erfolge in ihren Bewegungen und Erlangung von Feuerungs- und Zulagen waren ferner zu verzeichnen in der Feinindustrie und im Transportgewerbe. Selbst die sehr zugespitzten Sechsenverwaltungen haben, wie einer Zulufahrt an den Vorstehenden des Bergarbeiterverbandes zu entnehmen war, in Anbetracht der Verteuerung den Bergarbeitern eine Kinderzulage gewährt. Die Gärtnerorganisationen wandten sich ebenfalls wegen Feuerungs- und Zulagen an die Unternehmerverbände. Die Berliner Schuhmacher in der Schöberbranche lehnten eine weitere Lohnzulage durch, desgleichen — unter Verlängerung des Tarifvertrages — die Berliner Lederarbeiter (Handschuhmacher). Im allgemeinen muß gesagt werden, daß von dem wirtschaftlich stärkeren Teile, namentlich von kapitalstärkigen Arbeitgebern, mit Rücksicht auf das Wohl der Volksgemeinschaft weit mehr für ihre Arbeiter getan werden müßte. Im ihnen die schwere Zeit erträglicher zu machen, genügt die Abpelung mit unverhältnismäßigen Zulagen von einigen Groschen pro Tag nicht. Da muß man im nationalen Interesse schon etwas tiefer in den Beutel greifen, selbst auf die Gefahr hin, Kapitalverlusten aus besseren Zeiten in Anspruch nehmen zu müssen. Außergewöhnliche Verhältnisse bedingen eben auch außergewöhnliche Maßnahmen.

Prinzipal vor dem Scheitern der Verhandlungen über den Dreißigstundentarif zugehenden Feuerungs- und Zulagen ab. Bis jetzt liegt indes noch keine Antwort von Prinzipalsseite vor, ob sie zu weiteren Entgegenkommen oder zu erneuten Verhandlungen bereit sind. Angeht es der immer noch zunehmenden Verteuerung aller Lebensmittel sicher eine höchst unerquickliche Situation! Die organisierten Arbeiter im Holzgewerbe wurden vor einiger Zeit in ihrem Verhandlungsorgan recht energisch aufgefordert, Feuerungs- und Zulagen geltend zu machen. Man könne nicht auf den guten Willen der Unternehmer warten, sondern „die Not zwingt, deutlicher zu werden“. Inzwischen liegen schon Bewilligungen aus einer Reihe von Orten vor, z. B. beschloffen die Bremer Holzindustriellen, eine wöchentliche Zulage von 2 Mk. zu gewähren. In Leipzig lehnte es der Vorstand des Arbeitgeberverbands für das Holzgewerbe zunächst einfach ab, auf Feuerungs- und Zulagen einzugehen. Als sogenanntes Entgegenkommen wurde vielmehr den Arbeitern empfohlen, pro Woche vier Stunden länger zu arbeiten. Da eine Verständigung auf solcher Grundlage ausgeschlossen war, und um erste Konflikte hinauszuhalten, fand am 3. April auf Anregung behördlicher Organe unter Leitung eines Stadtrats eine gemeinsame Aussprache der beiden Organisationsvertretungen statt, bei welcher Gelegenheit man sich nach längeren Verhandlungen auf bestimmte Vorschläge einigte. Danach erhalten verheiratete Arbeiter 1,75 Mk., ledige (jüngere) 1 Mk., geübte Arbeiterinnen 1 Mk., ungeübte Arbeiterinnen 50 Pf. Feuerungszulage pro Woche. Die eventuell erforderlichen Überstunden sind nach den im Vertrage dafür vorgesehenen Bestimmungen zu leisten und besonders zu entschädigen. Unterschiedliche Erfolge in ihren Bewegungen und Erlangung von Feuerungs- und Zulagen waren ferner zu verzeichnen in der Feinindustrie und im Transportgewerbe. Selbst die sehr zugespitzten Sechsenverwaltungen haben, wie einer Zulufahrt an den Vorstehenden des Bergarbeiterverbandes zu entnehmen war, in Anbetracht der Verteuerung den Bergarbeitern eine Kinderzulage gewährt. Die Gärtnerorganisationen wandten sich ebenfalls wegen Feuerungs- und Zulagen an die Unternehmerverbände. Die Berliner Schuhmacher in der Schöberbranche lehnten eine weitere Lohnzulage durch, desgleichen — unter Verlängerung des Tarifvertrages — die Berliner Lederarbeiter (Handschuhmacher). Im allgemeinen muß gesagt werden, daß von dem wirtschaftlich stärkeren Teile, namentlich von kapitalstärkigen Arbeitgebern, mit Rücksicht auf das Wohl der Volksgemeinschaft weit mehr für ihre Arbeiter getan werden müßte. Im ihnen die schwere Zeit erträglicher zu machen, genügt die Abpelung mit unverhältnismäßigen Zulagen von einigen Groschen pro Tag nicht. Da muß man im nationalen Interesse schon etwas tiefer in den Beutel greifen, selbst auf die Gefahr hin, Kapitalverlusten aus besseren Zeiten in Anspruch nehmen zu müssen. Außergewöhnliche Verhältnisse bedingen eben auch außergewöhnliche Maßnahmen.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

-ch. Hannover. Am 9. April fand untre diesjährige Generalversammlung im Saale des „Gefährtenhauses“ statt, welche den Zeitverhältnissen entsprechend auf beschult war. Vorstehender Rüdte gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung des verstorbenen Kollegen Wilhelm Panche und des im Kampfe für das Vaterland gefallenen Kollegen Ernst Rogge. Die Versammlung ehrte das Andenken der Verstorbenen in üblicher Weise. Sodann beschäftigte die Vorstehende die von einer Konferenz anwesenden Bezirksvorsteher und gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese einen guten Eindruck vom Lokalvereine Hannover mit nach Hause nehmen möchten. Unter „Vereinsmitteilungen“ machte zweiter Vorstehender Hartung bekannt, daß sich wieder 25 Kollegen zur Aufnahme in den Verband gemeldet hätten. Invalide geworden sind zwei. Die Beitragsvorschläge, welche seit einigen Jahren vom Lokalvereine veranstaltet werden, sind auch in diesem Jahre von den in den letzten Jahrzehnten lebenden jungen Leuten gut besucht worden; sie zeigten auch bei den Prüfungen gute Resultate. Kollege Hartung dankte den Kollegen, die sich in den Dienst dieser guten Sache stellten. Sodann gab er ein Bild über die Lage des „Gefährtenhauses“; auch hier sei der Krieg nicht spurlos vorübergegangen. Die Generalversammlung am 21. Mai wird im „Neuen Hause“ stattfinden; die Abletarte „Typographia“ sowie das Buchdruckerorchester werden dabei mitwirken. Nachmittags soll eine Familienfeier abgehalten werden, welche als Johannistfest gedacht ist. Hierauf erstattete Vorstehender Rüdte den Jahresbericht, welcher den Mitgliedern gedruckt vorlag. Er ging dann des näheren auf die Verlegung der Tarifrevollon ein und streifte die Wählarbeit der Tarifgegner. Verwalter Ehrhardt erläuterte den Kassensbericht. In der sich an den Jahresbericht anschließenden Debatte wurde besonders hervorgehoben, daß in Anbetracht der den Prinzipalen gemachten Zugeständnisse diese auch verpflichtet wären, den augenblicklichen Feuerungsverhältnissen entsprechende Lohnzulagen zu gewähren. Die Versammlung beschloß hierauf, bei den Prinzipalen um Gewährung einer Feuerungszulage vorstellig zu werden. Nachdem die muster-gültige Buchführung und die Leitung der Kassenverhältnisse von seiten der Rezipienten hervorgehoben, wurde dem Vorstand Entlastung erteilt. Es erfolgte hierauf ein kurzer Bericht über die Tätigkeit des Gewerkschaftskartells über das verlossene Jahr. Von der Ausstellung von Kandidaten zur Vorstandswahl und als Kartelldelegierte wurde Abstand genommen und eine Neuwahl so lange hinausgeschoben, bis wieder geordnete Verhältnisse eingetreten

find. In der Hoffnung, daß die gefakten Beschlüsse zum Wohl der Mitglieder und des Lokalvereins ausfallen möchten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

G. H. Eriar. Am 1. Mai begehrt unser langjähriger Vorsitzender Nikolaus Herrig sein 50jähriges Berufs Jubiläum. Geboren 1851 in Eriar, lernte er dort als Geher und trat nach Beendigung der Lehrzeit sofort in den Verband ein. Im Jahre 1875 ergriff er den Wanderstab; er fand Stellung in Koburg und dann in Altenburg, wo er sich auch verheiratete. Im Jahre 1883 hörte Herrig wegen Tarifdifferenzen in Altenburg auf und kehrte nach seiner Heimatstadt Eriar zurück. Hier gab es Verbandsarbeit in Hülle und Fülle, denn nur noch drei Mitglieder fanden sich vor, und in den meisten Geschäften, war die Mitgliedschaft verboten. Kollege Herrig agitierte frohlockend für den Verband, und unter Mitwirkung unfres damaligen Gavourstehers Haas (Mainz) besserten sich die Verhältnisse langsam und die Zahl der Mitglieder nahm wieder zu. Mit Unterbrechung nur weniger Jahre hat Kollege Herrig stets hier den Vorfall geführt und wurde auch zur Köhler Generalversammlung delegiert. Der Sublar ist noch immer rüstig und wir wünschen ihm noch viele Jahre bei guter Gesundheit.

Handschau

Gehilfenzählung durch das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker. Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker hat in der ablaufenden Woche an alle Buchdrucker des Deutschen Reiches eine Postkarte mit Rückantwort geschickt, mit welcher die Firmen gebeten werden, dem Tarifamt den Stand des Personals vom April 1914 und April 1916 mitzuteilen. Da die Feststellung dieses Resultats aus verschiedenen Gründen für unser Gewerbe wichtig ist, unterstützen wir die ausgesprochene Bitte des Tarifamts auf rechtzeitige Ausfüllung und Rücksendung dieser Karte, welche letztere nicht später als zu Ende dieser Woche erfolgen soll.

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielten das Eiserne Kreuz: Hans Labaukane, Kurt Müller und Paul Rohkohl (Braunschweig), Karl Voigt (Dresden), H. Kirchner und August Brembach (Hannover). Damit haben bis jetzt 1473 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erhalten.

Eine Reklameprüfungsstelle. Unter dem Namen „Reklameprüfungsstelle des Deutschen Museums für Kunst in Handel und Gewerbe (Hagen)“ ist ein ständiger Ausschuss aus folgenden vom „Deutschen Museum“ ernannten Mitgliedern gebildet worden: Ernst Growald, Sachverständiger für Reklame, Fritz Sellwag, Kunstdruckermeister, stellvertretender Geschäftsführer des Deutschen Werkbundes, Dr. jur. Ludwig Lindner, Rechtsanwalt und Syndikus, Dr. B. Rauecker, Vertreter des Deutschen Museums, Albert Willner, Syndikus, Geschäftsführer des Vereines Deutsche Arbeit und der Zentralkasse für den Fremdenverkehr Groß-Berlins, Dr. Leon Feilkin, Generalsekretär des Verbandes Berliner Spezialgeschäfte. Zweck der Prüfungsstelle ist, das Ansehen und den Erfolg der Werberarbeit zu heben durch sachverständige Begutachtung geplanter Reklame auf ihre Zweckmäßigkeit und auf ihre einwandfreie Gestaltung. Diese Reklameprüfungsstelle kann von jedermann auf allen Gebieten des Werbewesens in Anspruch genommen werden. Die Geschäftsstelle befindet sich Berlin W 8, Behrenstraße 50/52. Wir vermischen im ständigen Ausschusse dieser neuen Prüfungsstelle einen Vertreter des graphischen Gewerbes, was uns den Wunsch besonders zum Ausdruck bringen läßt, daß dieser Mangel noch beseitigt werde. Denn nach unserer Meinung kommen für eine sach- und sachgemäße Prüfung der Reklame auch die technischen Grundlagen der graphischen Industrie in Frage. Oder will der betreffende Ausschuss seine Aufgabe ohne Berücksichtigung dieser wichtigen Umstände erfüllen?

Eine Submissionsliste. Eine weisfällische Stadt forderte ein Angebot von den am Platze vorhandenen Buchdruckereien für 26500 Steuerzettel, Format 20 x 30 cm, zweifach bedruckt, Normalpapier 4 b, farbig, ein. Die dabei abgegebenen Preise dürften weitere Kreise interessieren, weshalb wir sie hier folgen lassen: Buchdruckerei A 298,50 Mk.; Buchdruckerei B 295 Mk.; Buchdruckerei C 264 Mk.; Buchdruckerei D 215 Mk.; Buchdruckerei E 185 Mk. Das für die Zettel erforderliche Papier kostet 198 Mk.

Die Kriegsver sicherung der „Volksfürsorge“. Millionen deutscher Familienväter stehen im Feld, und bei der eifernen Notwendigkeit, durch immer neue militärische Anstrengungen die Segner zum Frieden geneigt zu machen, sind alle diese Millionen keine Stunde davon gesichert, daß sie nicht an erster Stelle verwendet werden müssen und ihr Leben einzulösen haben. Die wenigsten von ihnen werden das beruhigende Gefühl haben können, daß ihre Frauen und Kinder ohne den Schutz des Vaters wohlverorgt und finanziell gesichert den Lebenskampf weiterführen können. Die große Mehrzahl der hinterlassenen Familien wird schweren Jansen entgegengehen, weil sie ohne Vermögen und nur auf die knappe staatliche Hinterbliebenenrente angewiesen zur Schaffung einer selbständigen Existenz nicht mehr imstande sind. Diesen Familien etwas zu helfen, ihnen eine größere Summe in die Hand zu geben, das ist der Zweck der Kriegsver sicherungskasse der „Volksfürsorge“. Und dieser Zweck wird erreicht werden. Bis zum 19. April 1916 sind für 47149 Kriegsteilnehmer 69578 Anteilsscheine gelöst und dafür 347880 Mk. eingezahlt worden. Bis zu

diesem Tage waren bei der Zentralverwaltung 726 Ver sichererte mit 1428 Anteilsscheinen als gefallen gemeldet worden. Wenn man nun auch annehmen muß, daß Todmeldungen noch ausstehen, so ist doch bis jetzt noch auf die Auszahlung einer Quote von nicht viel unter 200 Mk auf einen Anteilsschein zu rechnen. Eine so günstige Ver sicherungsgelegenheit kann sicher allen Familien der Kriegs teilnehmer mit gutem Gewissen empfohlen werden. Ein Anteilsschein kostet nur 5 Mk. An jedem größeren Orte sind Vertrauensmänner vorhanden, die alle diesbezüglichen Formalitäten regeln; ebenso stehen die Gewerkschaftssekretariate im Dienste dieser Sache und erteilen gern und unentgeltlich jede Auskunft.

Schlaglichter der Lebensmittelsteuer. Der Stand der gegenwärtigen Teuerung spiegelt sich besonders deutlich in einer Gegenüberstellung der Preise verschiedener unter starker Nachfrage stehender Lebensmittel im Kleinhandel nach Aufzeichnungen der Verwaltung der Städtischen Markthalle in Leipzig. In folgender Zusammenstellung haben die für eine Arbeiterfamilie in Frage kommenden Lebensmittel Aufnahme gefunden, soweit sie in der Woche vor Ostern d. J. in der Leipziger Markthalle überhaupt noch zu haben waren, und zwar nach ihren häufigsten Preisen in Weitzgen:

	6. Juni 1914	5. Juni 1915	22. April 1916
Rindfleisch (zum Kochen) 1 Pfund	80	120	280
Kalb fleisch (Keule) 1 " "	100	120	300
(zum Kochen) 1 " "	90	110	280
Kammelfleisch " " 1 " "	80	120	280
Leberwurst " " 1 " "	80	180	240
Blutwurst " " 1 " "	80	180	240
Sülzenwurst " " 1 " "	80	180	150
Schellfisch " " 1 " "	50	60	140
Kabliau " " 1 " "	45	50	140
Salzheringe, 10 Stück	100	150	300
Margarine, 1 Pfund	80	100	200
Landere, 10 Stück	80	130	230
Risfenener, 10 Stück	70	125	220
Bauernkäse, 1 Pfund	60	80	90
Pflaumenmus, 1 Pfund	30	45	60
Spargel, 1 " "	85	60	240
Rhabarber, 1 Bund	8	8	20
Spinat, 1 Pfund	10	20	25
Zwiebeln, 1 Pfund	25	50	50
Blattsalat, Kopf	5	3	15
Reisfische, Stück	10	10	10
Salatkurken, Stück	30	30	70
Kartoffeln, 1 Pfund	5	7	6,5
Roggenbrot (II. Sorte)	13	19	16,5
Summa in Mark 12,96	19,07	36,03	

Aus dieser Zusammenstellung geht also hervor, daß Ende April d. J. für ein bestimmtes Lebensmittelquantum nach vorstehender Quantität- und Qualitätsgrundlage eine um 176 Proz. höhere Geldsumme verausgabt werden muß als im Juni vor zwei Jahren, d. h. kurz vor Kriegs ausbruch; gegen Anfang Juni d. J. beträgt die Steigerung etwa 88 Proz. In gleichem Verhältnisse mußte sich die Höhe der Lebenshaltung verringern, wo es nicht möglich war, aus Ersparnissen oder durch erhöhtes Einkommen die hohen Preise decken zu können. Die Berechtigung einer entsprechenden Teuerungszulage geht daraus ohne weiteres hervor; ebenso aber auch die Berechtigung und Notwendigkeit, die dafür erforderlichen Mehrkosten der Produktion jenen aufzuweisen, die ihrerseits wieder aus der kolossalen Steigerung der Lebensmittelpreise Vorteil ziehen. Jedemfalls hat aber die Arbeiterklasse ein unbestreitbares Recht, mit allen zulässigen Mitteln sich dagegen zu wehren, daß ihr die Kosten dieser Entwicklung allein aufgebürdet werden.

Wirkungen der geplanten Umsatzsteuer. Es ist nicht ganz richtig, daß die Quittungssteuer in der ersten Kommissionslenkung des Reichstags schon ganz gefallen ist: ein letzter Rest von ihr steckt auch noch in der angenommenen Umsatzsteuer. Man muß sich vorstellen, wie diese Steuer auf die Privatwirtschaften wirken muß. Jeder Umfah von Waren soll mit 1 Mk. pro Tausend belastet werden. Da nun die nämliche Ware, bis sie zum letzten Verbraucher kommt, in den Umfahen verschiedener Betriebe entfallen ist, so ist es ganz selbstverständlich, daß z. B. ein Rohherzeugnis nicht nur ein paarmal, sondern so oft mit der Steuer belastet wird, als es den Besitzer wechselt. Das kann drei bis viermal, in andern Fällen aber auch sehr viel häufiger geschehen. Jedesmal wird die nämliche Ware mit der Steuer von neuem belegt. Je länger der Weg vom Rohstoffproduzenten bis zum letzten Verbraucher ist, desto stärker wird die Ware selbst durch die Steuer belastet. Das würde aber noch keineswegs das Schlimmste an der Umsatzsteuer sein. Viel gewichtiger erschein . . . zwei andre Punkte. Die Umsatzsteuer wird in der Hauptsache auf die letzten Verbraucher abgewälzt werden. Denn die Steuer selbst wird von den wirtschaftlich Stärkeren ohne weiteres zu den Unkosten gerechnet werden und diese werden in ihrer Gesamtheit auf den Preis der Ware geschlagen. Bei der Quittungssteuer wäre diese Abwälzung Gefahr lange nicht in dem Grade vorhanden gewesen wie bei der Umsatzsteuer. Jeder Betriebsinhaber kann auf Grund der Umfah seines Geschäfts den Betrag ermitteln, mit dem er zur Umsatzsteuer herangezogen wird. Je größer der Umfah, desto leichter ist auch die Möglichkeit, die Steuer auf den Käufer der Ware abzuwälzen. So kommen die Waren beim Kleingewerbetreibenden und Kleinhändler sicherlich um die Beträge der bis dahin erhobenen Umsatzsteuer verteuert an. Und auch diese werden versuchen, die Belastung ihres Umfahes wieder auf die letzten Verbraucher abzuwälzen, was wohl nicht durchweg, aber doch überwiegend gelingen wird. Rechnet man ganz roh, so dürfte der Effekt der sein, daß etwa 2 Proz. des Gesamteinkommens der verbrauchenden Bevölkerung durch

die Umsatzsteuer in die Reichskasse geleitet würden. Es handelt sich also um nichts anderes als um eine indirekte Steuer, um eine Besteuerung des Konsums. Dazu kommt noch ein andrer Gesichtspunkt, der mehr feuertechnischer Art ist. Soll die Umsatzsteuer richtig erhoben werden, so müssen die Betriebe, bei denen die Steuer erhoben werden soll, zur Buchführung angehalten werden. Nun besteht bisher nur für einen bestimmt abgegrenzten Kreis die Pflicht der Buchführung. Dieser Kreis müßte ganz erheblich erweitert werden. Man denke nur an die Masse der Landwirte, an die Kleingewerbetreibenden usw. Die Belastung durch die Steuer selbst würde dem Befrage nach meist wesentlich geringer ausfallen als die Kosten, die die Buchführung verursachen würde. So wünschenswert die Ausdehnung der Buchführung auch sein mag, so ist doch zu erwägen, ob jetzt inmitten des Kriegs diese neue Last den kleinen Betrieben zugemutet werden darf. Es müßte doch mindestens verlangt werden, daß alle Umfah gewissenshaft gebucht, daß für die einzelnen Umfah die Nachweise ordentlich gesammelt würden. Das macht für kleinere Betriebe, die eine Menge niedriger Umfah haben, die sich dazu noch auf verhältnismäßig kurze Zeit zusammenbringen, eine keineswegs zu unterschätzende schriftliche Arbeit notwendig, die eben auch gemietet werden muß, wenn man die Tragweite der Umsatzsteuer richtig einschätzen will. Es ist unfres Trachtens gar nicht möglich, diese Buchführung so rasch einzuführen, daß gleich richtige Ergebnisse erwartet werden könnten. Bei Betrieben mit kaufmännlicher Buchführung geht die Sache spielend, ganz anders aber in Betrieben, die noch keine strenge Buchführung oder überhaupt keine kennen. Will man aber bei kleinen Betrieben sich mit einer Schätzung des Umfahes begnügen, so muß man die Umfahgrenze ziemlich weit hinausrücken, was für den Steuerertrag jedenfalls wieder nicht günstig ist. So unglücklich der Gedanke der Quittungssteuer war, betraue ebenso unglücklich ist auch der Gedanke der Umsatzsteuer.

Städtische Eigenproduktion. Ein lehrreiches Beispiel für den Erfolg städtischer Eigenproduktion und praktischer Nahrungsmittelverorgung liefert die Stadt Ulm a. d. D., die ungefähr 50000 Einwohner zählt. Auf dem Gebiete der Schweinezucht ist die Stadt insofern selbst produzierend tätig, als sie der Genossenschaft für rationale Schweinezucht angehört, von der sie jährlich 2000 bis 3000 Schweine bezieht. Auf diese Weise war es der Stadt möglich, das Schweinefleisch an Arbeiterfamilien zu dem verhältnismäßig billigen Preise von 1 Mk. das Pfund abzugeben. Ferner läßt die Stadt Rinder und Ochsen bester Rasse mästen. Sie zahlt dafür den Marktpreis der Gewichtsbilanz zwischen An- und Ablieferung und konnte so das Fleisch zu 1,05 Mk. das Pfund verkaufen. Auch der Kartoffelproduktion hat sich die Stadt zugewandt. Der Ertrag dieser Kartoffelwirtschaft beträgt rund 8000 Zentner, eine Summe, die es der Stadt ermöglicht, ihren Kartoffelbedarf selbst zu decken. Dabei betragen die ganzen Kosten 16000 Mk. Wenn die Stadt also den Zentner mit 3 Mk. verkaufen würde, so würde der Stadt noch ein Gewinn von 8000 Mk. verbleiben. Hier handelt es sich doch immer erst noch um einen Versuch, und trotzdem sind die angeführten niedrigen Preise geradezu beachtend und zeigen uns den Wert einer rationalen Eigenwirtschaft der Städte im besten Maße. Jedoch wird man in städtischen Körper schaften trotz dieser glänzenden Beispiele auf Widerstand stoßen, der solange währt, bis das Volk Männer als seine Vertreter entsendet, die unbeeinträchtigt von Sonderinteressen nur das Gemeinwohl im Auge haben.

Gestorben.

- In Ansbach am 11. April der Faktor Karl Meyer aus Leipzig, 64 Jahre alt.
- In Barmen am 7. April der Geher Jakob Reimann, 67 Jahre alt.
- In Berlin am 13. März der Geher Franz Gerade aus Stolp i. B., 63 Jahre alt — Herzlähmung; am 14. März der Drucker Max Freitag aus Berlin, 34 Jahre alt — Rippenfellentzündung; am 19. März der Geher Eduard Eckhardt aus Belle-Alliance, 62 Jahre alt — Herzleiden; an demselben Tage der Druckermeister Franz Wendt aus Berlin, 80 Jahre alt — Lungenerkrankung; am 20. März der Geher Hermann Päch aus Berlin, 19 Jahre alt — Lungenschwundlucht; am 18. April der Seherinvalide Wilhelm Lenz aus Berlin, 37 Jahre alt — Herzschwäche; am 19. April der Geher Eduard Müller aus Breitenbaum, 61 Jahre alt — Herzleiden; am 21. April der Geher Gustav Günther aus Mele, 52 Jahre alt — Leberverhärtung.
- In Bielefeld am 22. April der Druckermeister August Ehler aus Detmold, 55 Jahre alt — Schlaganfall.
- In Breslau am 20. April der Geher Karl Kahler, 43 Jahre alt.
- In Burgdorf i. S. am 4. April der Geher Friedrich Schmidt aus Stolzenau a. W., 40 Jahre alt.
- In Duisburg am 4. April der Geher August Conrad aus Bonabel, 35 Jahre alt — Kehlkopfentzündung.
- In Erfurt der Drucker Johann Brandt, 64 Jahre alt.
- In Freiburg i. Br. der Geher Alexander Weber, 64 Jahre alt.
- In Hamburg am 7. April der Geher J. Bruns von dort, 73 Jahre alt.
- In Hof am 14. April der Buchdrucker Kaspar Wietelmann aus Gostenhof bei Nürnberg, 37 Jahre alt.
- In Jüsum am 13. April der Seherinvalide Peter Wollsen, 78 Jahre alt.
- In Koblenz am 11. April der Drucker Heinrich Klaf, 27 Jahre alt.
- In Köln der Geher Johann Rösigen, 48 Jahre alt.
- In Landau (Pfalz) am 3. April der Geher Johannes Herrmann aus Edenkoben, 53 Jahre alt.

In Leipzig am 5. April der Oberfaktor Guffav Remuk, 73 Jahre alt; am 12. April der Druckerinvalide Oskar Zimmermann aus Windorf bei Könnigsbach, 47 Jahre alt — Lungen- und Kehlkopf-Tuberkulose.

In Magdeburg am 15. April der Faktor Ernst Renne aus Halle a. S., 61 Jahre alt.

In Nauen am 12. April der Seher Otto Poff aus Magdeburg, 71 Jahre alt — Unglücksfall.

In Schmiedefeld i. Th. der Seherinvalide Gottfried v. d. Elb, 84 Jahre alt.

In Wien am 27. März der Seherinvalide Alois Perching, 57 Jahre alt; an demselben Tage der Seher Louis Träger, 62 Jahre alt; am 30. März der Drucker Franz Koch, 44 Jahre alt; am 6. April der Seher Rudolf Wolfram, 44 Jahre alt; am 8. April der Seherinvalide Ferdinand Mohab, 77 Jahre alt; am 10. April der Seher Karl Mazal, 33 Jahre alt; am 13. April der Drucker Franz Berger, 48 Jahre alt. Auf dem Felde der Ehre gefallen: Franz Doppel (S.); Friedrich Desbalmes (S.); Guffav Elsdörfer; Julius Schödl (S.); Franz Schödl (S.); Johann Nowak (S.); Joseph Marjcher (Dr.); Otto Kopfer (Dr.); Hans Standi (S.).

In Wiesbaden am 14. April der Seher Friedrich Neumann von dort, 68 Jahre alt.

Briefkasten.

R. F. in Berlin: Die Aufnahme von Berichten über derartige Feiern in engem Rahmen würde den Raum des „Korr.“ zu stark belasten, weswegen davon abgesehen werden muß. — Wehrmann S. M. in Seelitz: Die Sendung ist eingetroffen, kann aber zur Zeit keine andre Verwertung finden als durch Einreihung in unser Kriegsarchiv. Besten Dank und Gruß, auch an die übrigen Kampfgenosse! — W. R. in B.: Zufindung ist wohl für unser Archiv bestimmt? — D. R. in Bromberg: 215 Mk.

Für die Jubiläumsnummer am 20. Mai erübrigt sich die Zufindung von Artikeln oder Gedichten. Die Ehrenfahle beansprucht soviel Raum, daß außer dem von vornherein festgelegten Inhalte weitere Beiträge nicht unterzubringen sind.

Das zur Einleitung der Jubiläumsversammlungen vom Kollegen Helmholz verfaßte Festgedicht ist in beschränkter Auflage im Druck erschienen. Darauf reflex-

zierende Ortsvereine können die Dichtung von der Geschäftsstelle des „Korr.“ gegen Einzahlung des Portos beziehen. Die bereits bestellten Exemplare gelangen demnächst zur Abfertigung.

Verbandsnachrichten
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Berksammlungskalender.

Braunschweig. Maschinenseherversammlung Sonntag, den 7. Mai, abends 8 Uhr, im Vereinslokale, Wildenstraße.
Hannover (Land). Bezirksversammlung Sonntag, den 28. Mai, vormittags 11 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ zu Hannover. Anträge bis zum 14. Mai an Otto Kahn, Hannover, Lutherstraße 30 B IV r.
Stuttgart. Maschinenmeisterversammlung Sonnabend, den 6. Mai.
Wismar. Versammlung heute Sonnabend, den 29. April, abends 8 1/2 Uhr in der „Ballhalle“.
Wittenberg. Versammlung heute Sonnabend, den 29. April, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale, Kurfürstenstraße 15.

Königl. Sächsische Landes-Lotterie
— 110,000 Lose — 55,000 Gewinne — Prämie in 5 Klassen. —
Jedes 2. Los gewinnt. Ziehung 1. Klasse am 19. Juni 1916. Jedes 2. Los gewinnt.
800,000 500,000
300,000 200,000
150,000 100,000
Klassenlose (in jeder Klasse) M 25. — M 50. — M 100. — M 200. — M 500. — M 1000. — M 2000. — M 5000. — M 10000. — M 20000. — M 50000. — M 100000.
Voll-Lose (für alle Klassen) M 25. — M 50. — M 100. — M 200. — M 500. — M 1000. — M 2000. — M 5000. — M 10000. — M 20000. — M 50000. — M 100000.
Paul Lippold Leipzig
Königl. Lotterie-Verwaltung
Postascheckkonto: 50726 Leipzig.

Höhefräser

zum Abhobeln des Materials einer mitteleuropäischen Druckerei bei hohem Verdienst auf 3-4 Monate gesucht. Gest. Angebote an [238]
Bauerische Gießerei, Frankfurt a. M.

Junger Seher erfahren im Schriftschreiben, Tonplatten schneiden, Drucksachen entw., müncht in gutbez. Stell. zu treten. Ang. m. Lohnang. u. A. E. 1469 hauptpostl. Brandenburg.

Für Sehmashinenbeijer!
Seher, militärfrei, müncht Beirstelle an Linotype oder Typograph bei späterer Lebensl. Antr. a. d. Arbeitsnachw. Ed. Thimm, Konstantz, Marktstraße 5.
Spargel! Postpaket Ia 6,70, IIa 5,20, IIIa 3,70, gemischt 5,50 Mk. fr. Nachn. Kollege W. Schrader, Steier b. M.

Graphische Fachklassen
Buchdruck, Satz, Lithographie, Steindruck, Photomechanische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung, Prospekt- und Kunstgewerbeschule
Barmen



Zeichnung.

Uhren und Goldwaren, Photoartikel, Sprechmaschinen, Musikinstrumente, Vaterländischer Schmuck.
Kataloge gratis und franko liefern
Sonab & Co., Belle-Alliance-Str. 7/10, Berlin A. 407.

Wiederum entriß uns der Weltkrieg zwei liebe Kollegen. Bei den Kämpfen im Westen erlitten den Heldentod die Seher
Johann Engert aus Taubertshausheim, im Alter von 30 Jahren, und [236]
Georg Steininger aus Seddenheim, im Alter von 33 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen Der Bezirksverein Frankfurt a. M.

In einer schweren Kopfverletzung verstarb in einem Feldlazarett im Osten unser lieber Kollege
Fritz Müller aus Uibersthal bei Glauchau, im Alter von 36 Jahren.
Wir werden diesem braven Kollegen ein dauerndes Andenken bewahren.
Die Kollegen der Firma Julius Alinhardt, Leipzig.

Wiederum haben wir den Tod eines unserer Mitglieder zu beklagen. Am 26. März fiel im Westen unser lieber Kollege, der Seher
Ferdinand Reifer aus Schneidemühl, 31 Jahre alt.
Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.
Bezirksverein Bromberg.

Wieder entriß uns der Weltkrieg einen braven Kollegen. Am 15. April fand der Schriftseher
Paul Seidel Soldat im Ref.-Inf.-Reg. Nr. 244 bei einer Sprengung seinen Tod.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kollegen der Firma Bernhard Meyer, Leipzig.

Übermals riß der schreckliche Weltkrieg zwei liebe Kollegen aus unser Mitte. Am 9. April fiel nach 21 monatigen schweren Ringen der Seher
Fritz Steidel im Alter von 28 Jahren.
Am 18. März fiel in Frankreich der Seher
Wolff Gräß im Alter von 28 Jahren.

Ferner verstarb nach langer Krankheit am 20. April der Seher
Karl Kahler im Alter von 43 Jahren.
Wir verlieren in diesen Verstorbenen freie Anhänger unserer Organisation, denen stets ein ehrendes Andenken bewahren
Die Kollegen der Firma Th. Schöner, G. m. b. H., Breslau.

Drei liebe Kollegen hat der Kampf für das Vaterland wieder aus unser Reihen gerissen. In Frankreich fielen die Seher
Fritz Steidel aus Breslau, 28 Jahre alt;
Ludwig Siant aus Hainau, 26 Jahre alt;
Georg Ihmann aus Breslau, 30 Jahre alt.

Am 20. April verstarb hier nach langem Leiden unser werter Mitglied, der Seher
Karl Kahler aus Schimmelwitz, im 44. Lebensjahre.
Wir werden allen ein dauerndes, ehrendes Andenken bewahren.
Ortsverein Breslau.

Das blutige Bülkerringen hat wiederum zwei Opfer gefordert. Es fanden den Heldentod unsere lieben Kollegen, der Maschinenmeister
Gustav Gutler aus Sensberg, 25 Jahre alt, und der Maschinenmeister
Gustav Ellermann aus Schildesche, 20 Jahre alt.

Ferner verstarb am 22. April, abends 9 1/2 Uhr, infolge Schlaganfalls unser langjähriges treues Mitglied, der Druckereiführer
August Ehler aus Oelmö, im Alter von fast 55 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen Der Ortsverein Bielefeld.
Der Bezirksverein Bielefeld.
Die Maschinensehervereinigung Bezirk Bielefeld.
Der Maschinenmeisterbezirksverein Bielefeld.
Der Graphische Gefangenenverein Bielefeld.

Ansichtspostkarten vom Verbandsmonument

das im Garten des „Volkshauses“ zu Leipzig seinen dauernden Standort erhielt, sollen an Bezirke- und Ortsvereine des Verbandes zum Selbstkostenpreise abgegeben werden. Mit entsprechendem Ausdruck versehen, eignen sich die Karten sehr für örtliche Jubiläumszwecke.

Bestellungen nimmt entgegen **Georg Böblich**, Leipzig, Salomonstraße 8.

Typographische Vereinigung Berlin

Mittwoch, 3. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Obmstraße 2:
Versammlung
Tagesordnung: 1. Vortrag des Schriftstellers Herrn Max Stempel: „Der Weg zum Erfolge. Eine Wanderung durch unsere Dichtung und Reklame“. 2. Auswertung moderner Drucksachen. 3. Eingänge und Mitteilungen.
Mitglieder mit Damen und auch Gäste laden wir freundlichst ein. [246]

Tüchtige Werk- und Zeitungsseher

in dauernde Stellung bei hohem Lohn zu sofort oder später gesucht. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen an **E. Seifert, G. m. b. H., Buchdruckerei, Köpitz.**

Tüchtige Maschinenmeister

in dauernde Stellung sucht **Spamerische Buchdruckerei, Leipzig.** [39]

Zeitung- und Akzidenzdruckerei
nahe Stuttgart, an großem Plage, konkurrenzfrei, auch während des Kriegs flott beschäftigt und rentabel, nur persönlicher Verhältnis halber sofort oder später zu verkaufen. Beste Gelegenheit zu Etablierung für Anfänger (Kriegsinvaliden mit einigem Tausend Mark verfügbarer Kapital). Näb. auf schriftl. Anfrage unter Nr. 243 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Tüchtiger
Akzidenzseher
sofort in dauernde Stellung gesucht. [234]
J. S. Bankauf, Bochum.

Maschinenmeister
bei hohem Lohn in dauernde Stellung gesucht.
Karl Kaefer, Buchdruckerei, Offenach i. Th.

Zur Ausbildung an der Linotype einen Seher
suchen wir sofort oder baldmöglichst [226]
der sich verpflichten muß, während des Kriegs bei uns zu bleiben.
Straußeneck's Buchdruckerei, Gumbinnen.
Schweizerdegen oder Maschinenmeister in gute Dauerstellung bei Tarif und Kriegszulage gesucht.
„Tageblatt“, Peutz i. S. [237]

Schweizerdegen
oder erster Seher, der in Berichterstattung nicht unerfahren ist, gesucht. Angebote mit Lohnansprüchen usw. unter Nr. 249 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Tüchtigen
Schweizerdegen
oder Schriftseher, auch Kriegsbeschädigter, sucht sofort [235]
„Egersher Zeitung“, Egersch (Weißpr.).

Rotationsmaschinenmeister
tüchtige, selbständige Kraft, der auch in der Stereoskopie mit helfen muß, für 16 seitige Frankenthaler in eine sozialdemokratische Druckerei zum baldigen Eintritt gesucht. Tageslohn. Wohlwündige Arbeitszeit. Möglichst militärfreie Bewerber, die auf Dauerstellung reflektieren, wollen ihre Bewerbungen unter Vorlegung ihrer Lohnansprüche, Familienverhältnisse, bisherigen Konditionen unter Nr. 220 an die Geschäftsstelle d. Bl. einreichen.

Maschinenmeister
für 16 seitige Frankenthaler Rotation und Flachdruck oder auch tüchtiger Flachdrucker, der sich an der Rotation ausbilden will, gesucht. Nicht selbständiger Drucker kann reklamiert werden. Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen erbeten an [239]
E. Kollerdorf, Bide i. W.